

Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der CDU-Fraktion
der FDP-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stichtagsregelung für Nachdiplomierung bei Fach- und Ingenieurausbildung abschaffen – Gleichwertige Abschlüsse anerkennen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die bisherige Verwaltungspraxis zur Anerkennung der Abschlüsse von in der DDR begonnenen Hochschulausbildungen zu ändern.

Künftig sollen Absolventen von Fach- und Ingenieursschulen der ehemaligen DDR eine Nachdiplomierung beantragen können, auch wenn sie ihren Abschluss nach dem 31. Dezember 1990 erworben haben. Die angewendete Stichtagsregelung soll somit künftig entfallen, die übrigen Voraussetzungen der Nachdiplomierung bleiben bestehen. Dies gilt insbesondere für das Erfordernis, eine mindestens dreijährige einschlägige Berufstätigkeit nachzuweisen.

Die Landesregierung wird aufgefordert die Bevölkerung über die Änderung in geeigneter Form öffentlich zu informieren.

Begründung:

Im Allgemeinen sind Fach- und Ingenieursabschlüsse nach dem Recht der DDR nicht ohne weiteres in das bundesdeutsche Recht übertragbar. Grundsätzlich sollen sowohl Fach- und Ingenieursabschlüsse als auch Fachhochschulabschlüsse genau die erbrachten Ausbildungs- und Prüfungsleistungen zum Ausdruck bringen.

Der Einigungsvertrag sieht in Art. 37 vor, dass die abgelegten Prüfungen oder erworbene Befähigungsnachweise einander gleich stehen und gleiche Berechtigungen verleihen, wenn sie gleichwertig sind. Die Anerkennung oder Nichtanerkennung von DDR-Abschlüssen soll ausschließlich davon abhängig gemacht werden, welche Ausbildung und Leistungen die Betroffenen nachweisen können.

Eine Nachdiplomierung der nach dem Stichtag erworbenen Abschlüsse ist unter der Berücksichtigung der besonderen Situation der Wiederherstellung der Deutschen Einheit mit der übergeordneten Zielstellung der Zusammenführung der verschiedenen Ausbildungssysteme und Arbeitsmärkte zu einem gesamtdeutschen Markt (Art. 37 Einigungsvertrag) absolut gerechtfertigt. Mit der Zusammenführung sollten allen Bewerbern mit gleichen Qualifikationen die gleichen Marktchancen gegeben werden.

Klaus Ness
für die SPD-Fraktion

Christian Görke
für die Fraktion Die LINKE

Dieter Dombrowski
für die CDU-Fraktion

Andreas Büttner
für die FDP-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN